



BILD EDDI RISCH/KEYSTONE

Bilderbuchwetter und Postkartenansicht: Blick in den Ring der Landsgemeinde von Glarus gestern Sonntag.

Glarus baut den Staatsapparat weiter um und schreibt Landsgemeinde-Geschichte

Die Glarner Landsgemeinde senkt die Steuern, verkleinert das Parlament und bekräftigt die Gemeindereform. Und erstmals gibt im Ring eine Frau den Takt an – eine Schweizer Exklusivität.

Von **Thomas Bolli, Glarus**

Die freisinnige Regierungsrätin Marianne Dürst wurde am Sonntag vom Glarner Stimmvolk zur Frau Landammann erkoren. Die Wahl ist historisch, sowohl in lokaler als auch in nationaler Hinsicht. Erstens ist Marianne Dürst die erste Frau in der Glarner Geschichte, die an der Spitze der Kantonsregierung steht. Zweitens ist sie die erste Frau in der Schweiz überhaupt, die eine Landsgemeinde leiten darf. Weder in Appenzell Innerrhoden, wo nach wie vor eine Landsgemeinde stattfindet, noch in Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden oder Obwalden, die vor einigen Jahren ihre Versammlungen unter freiem Himmel abgeschafft haben, hat je eine Frau durch die Debatten im Ring geführt.

10 statt 24 Jahre

Marianne Dürst leitete am Sonntag die Landsgemeinde so gekonnt, als ob sie es hundertfach hätte einüben können. «Es ist wohl die schönste Aufgabe, die man in diesem Kanton übernehmen kann», sagte sie nach der Landsgemeinde. Und, angesprochen auf das grosse Landesschwert, das sie

während der dreistündigen Debatte halten müssen, sagte Dürst, es sei für sie erleichternd gewesen, dass sie sich auf dem Schwert habe abstützen können. Das hatten auch alle Landammänner vor ihr getan.

«Vor 10 Jahren, als ich in die Regierung gewählt wurde, habe ich ausgerechnet, wie lange es dauern würde, bis ich Frau Landammann werden könnte: 24 Jahre.» Inzwischen aber wurde die Regierung von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert und die Amtsdauer eines Landammanns von vier auf zwei Jahre beschränkt. So war die Reihe schneller an ihr. Auch, weil der für das Amt vorgesehene Regierungsrat Panckraz Freitag heuer in den Ständerat wechselte. Marianne Dürst steht seit 1998 der Volkswirtschaftsdirektion vor und präsidierte bis vor kurzem die FDP Frauen Schweiz.

Weitere Reformen

Die Landsgemeinde machte am Sonntag auch weiter beim Umbau des Staatsapparats. Nachdem die Landsgemeinde vor sechs Jahren beschlossen hatte, die Regierung von sieben auf fünf Mitglieder zu verkleinern, stimmte sie jetzt einer Reduktion der Zahl der Mitglieder des Kantonsparlaments, des Landrats, von 80 auf 60 zu. Der Entscheid fiel knapp aus, Frau Landammann Marianne Dürst musste ihre Regierungskollegen aufs Podest bitten, um den Ausgang der Abstimmung korrekt abschätzen zu können. Die Regierung hatte hinter dem Antrag eines Stimmbürgers gestanden, der Landrat lehnte ihn ab. In den letzten Jahren haben neun Kantone ihre

Parlamente verkleinert. «Und keiner davon ist untergegangen», erklärte der Antragssteller an der Landsgemeinde.

Vorwärts gemacht hat Glarus auch mit der radikalen Reform der Gemeindestrukturen, die die Landsgemeinde 2006 beschlossen und 2007 bestätigt hatte. Bis 2011 sollen aus den aktuell 25 nur noch drei grosse Gemeinden entstehen. Eine Verfassungsänderung sowie drei Gesetzesänderungen wurden am Sonntag diskussionslos gutgeheissen. Unter anderem wird festgeschrieben, dass die Gemeinden weitgehend frei sind, wie sie sich künftig organisieren wollen. Abgelehnt wurde ein Antrag, dass die drei Gemeinden nach 2011 mit je 20 Personen im Landrat vertreten sein sollen. Stattdessen sollen die Sitze auf Grund der Bevölkerungszahl vergeben werden, so, wie das auch heute der Fall ist.

Ja zu Harmos

Im Weiteren beschloss die Landsgemeinde, die Unternehmen sowie die allein Stehenden steuerlich zu entlasten. Der Kanton rechnet mit Einnahmeausfällen von 8 Millionen Franken. Im vergangenen Jahr hatte Glarus Verheiratete und Familien entlastet, weitere Steuersenkungen sind für 2009 vorgesehen. Ein Antrag, statt Steuern zu senken in Schulen und Infrastruktur zu investieren, wurde klar abgelehnt. Umstritten war, ob der Kanton der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schulen (Harmos) beitreten soll. Die SVP sprach sich dagegen aus, die Landsgemeinde stimme dem Beitritt gleichwohl zu.